



Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

56. Jahrg. Leipzig, den 7. November 1918 Nr. 129

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Einzelgenusspreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgehaltene Zeile; Anzeigen-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:
Artikel: Zum Frieden und zur Demokratie, VI.
Volkswirtschaft: Die Geldkrisis.
Korrespondenzen: Jericho. — Kocem. — Nürnberg (M.M.). — Rügenwalde.
Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Nachahmensewerke Beispiele. — Buchdrucker im Gerichtsdiene. — Vermittlung kriegsbeschädigter Buchdrucker. — Die rheinischen Zeitungsverleger zur Übergangswirtschaft. — Brotartenfälschung. — Zur Entwicklung der gewerblichen Arbeiterschaft während des Krieges. — Wie Monarchen „durchhalten“.

Zum Frieden und zur Demokratie

VI. Die Umwälzung in Deutschland.

In Nr. 118 und in Nr. 122 haben wir dem großen Geschehen und Werden kurze reflektierende Betrachtungen gewidmet. Zu weiteren langte es bedauerlicherweise noch nicht. Die kümmerliche Papierverlogung der Presse — in diesen brennenden Augenblicken zudem für die Tageszeitungen fast vor dem Verlagen stehend — erweist sich gegenwärtig als geradezu gemeingefährlich. Freilich ist auch die Arbeitskraft behindert durch das Vielerlei, das berechtigterweise Befriedigung verlangt. Von dem, wie sich häufig ein wahres Bemühen zeigt, uns die Zeit durch überflüssige Inanspruchnahme zu schmälern, sei nichts weiter gesagt, als diese Taffache wieder einmal angeführt.

Zum Frieden und zur Demokratie aber mehr zu schreiben, ist uns wahrhaftiges Bedürfnis. Die Unterstreichungen in der gewählten Überschrift lassen erkennen, daß wir von vornherein mit werdenden Dingen, nicht mit blitschnellen Taten gerechnet haben. Aber es drängt, es wirbelt und kreist gewaltig, und mit keuchendem Atem haften die schweren Ereignisse heran und vorbei. Es kracht draußen und türmt drinnen. Der seelische Aufruf der Masse ist groß, riesengroß. Die Umwälzung erscheint zu langsam und ist auch faktisch schwerfällig. Indes wir mit der Kriegspolitik vollkommen Schiffsbruch erlitten und die Dinge leider einen unerwünschteren Gang nehmen, als es selbst nach nüchtern abwägenden Befürchtungen kommen konnte, zeigt sich im Innern heißblütiges Begehren, zur Freiheit der Menschlichkeit aufzurauschen. Man könnte das für unvereinbar halten, und doch findet dieser Widerspruch in der gesund gebliebenen seelischen Kraft unseres Volkes einen an sich erfreuenden Aufschluß. Allerdings: Viele, sehr viele haben keinen Anteil daran, weil sie moralisch bankrott sind, durch die bisherige Günst des Krieges für sie angekauft wurden bis ins Mark. Ihr „Gegenwartsegoismus“ hat sich glänzend bezahlt gemacht. Als Menschen aber sind sie heruntergekommen und werden an den „Strücheln“ ihres großen Betrugs am Volkswohle kaum froh werden. Sollen es auch nicht. Es wird jedoch noch mancher Härte bedürfen, um ihnen beizubringen, wie sie sich an ihren Volksgenossen verständigt haben.

In zwei temperamentvollen und wie immer scharf pointierten Artikeln haben Gerlach und Leus in der „Welt am Montag“ von dieser Woche der neuen Regierung und Scheidemann im besondern mächtig eingehelt: Alles gehe zu langsam, noch zu viel Halbheiten, Ruf nach kräftigeren, „unverbrauchten“ Männern. Die beiden Schriftsteller sind in ihrem Sach ebenso sichtig, wie sie als gute Politiker bekannt sind. Aber man kennt sie auch als Eindringler, von keiner Parteifolgschaft beschwert, also an keinerlei Rücksichten gebunden. Diese bewährten

Schreibfischstrategen vergaloppieren sich mitunter auch. So brachte H. v. Gerlach vor einigen Wochen den „Sturmgefallen“ Erzberger als Reichskanzler in Vorschlag; dessen Schrift über den Völkerbund und sein unentwegter Kampf für Frieden hatten es ihm angetan. Heute erklärt Gerlach die Kandidatur Erzberger längst durch die Ereignisse überholt. Jetzt kann — nach ihm — nur noch Scheidemann retten, wenn dieser sich selbst mit einem kräftigen Ruck aufrafft. Hans Leus hatte zur nämlichen Zeit — wir nahmen kritischend davon im „Kor.“ Notiz — von der Arbeitererschaft gesagt, die Erregung über die Ernährungsverhältnisse sei mehr gemacht, die Arbeiter wären überhaupt sehr ruhig. Heute spricht er von des Kaisers Abdankung und in einem Atemzuge von einem im Werden begriffenen freien Volksstaat als einer Selbstverständlichkeit. In dieser Einseitigkeit läßt sich erweisen, daß faktisch die Ereignisse bei uns galoppieren und die Umwälzung von größerer Bedeutung ist, als es der Masse zum Bewußtsein kommt. Man sollte deshalb das Kind nicht mit dem Bad ausschütten, nicht gedankenlos nachplappern, wenn Unverstand oder Demagogie sagen, das alles sei noch nichts.

In einem am 4. November vom Vorstande der sozialdemokratischen Partei an die Arbeiter und die Mitglieder gerichteten Aufrufe zur Besonnenheit heißt es:

Selbst dem Eintritt untrer Genossen in die Regierung hat diese an die Gegner ein Angebot gerichtet, das in kürzester Zeit zu Waffenstillstand und Frieden führen muß; das gleiche Wahlrecht in Preußen durchgesetzt; dem Reichstag die Stellung der eigentlichen Zentralgewalt im Reiche verschafft und das persönliche Regiment beseitigt; die Unterstellung der Militärverwaltung unter die Zivilverwaltung durchgeführt und damit den Militarismus des stärksten Rückhalts beraubt; die Press- und Versammlungs-freiheit erweitert; Liebknecht und viele andre aus dem Gefängnisse befreit.

Vom gleichen Tage datiert ein feierlicher Appell der neuen Regierung „An das deutsche Volk“ als Mahnung zur Ruhe und Ordnung. Darin wird die bislang vollzogene Umwälzung folgendermaßen skizziert:

Wichtiges ist erreicht. Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist gesichert. Eine neue Regierung hat sich aus Vertretern der Mehrheitsparteien gebildet. Der Reichskanzler und seine Mitarbeiter bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags und damit des Volkes. Grundlegende Rechte sind von der Person des Kaisers auf die Volksvertretung übertragen worden. Kriegserklärungen und Friedensschluß unterliegen der Genehmigung des Reichstags. Die Unterstellung der Militärverwaltung unter den verantwortlichen Reichskanzler ist durchgeführt. Eine weitgehende Amnestie wurde erlassen. Pressfreiheit und Versammlungsrecht sind gewährleistet.

Es müßte diesen Errungenschaften seit dem weltgeschichtlichen 5. Oktober bzw. dem 30. September, dem Datum des Kaisererlasses zur Parlamentarisierung und Demokratisierung Deutschlands, ihre Bedeutung erklärend beigefügt werden, denn jede ist ein großes, vielbesagendes Kapitel für sich. Aber auch wenn man nur die Taffachen sprechen lassen will für den eingetretenen großen Umschwung und von der Mehrzahl dieser Punkte behaupten kann, daß sie in ihrem Effekt nicht weit genug gehen, daß manches noch durch den Widerstand oder durch bürokratische Verblödung unserer Stellen verschandelt wird, so ist ehrlicherweise doch anzuerkennen:

Wenn vor einem Jahre lediglich das preußische Wahlrecht so widerstandslos — die vom Zentrum durchgesetzten Sicherungen sollen als Schönheitsfehler nicht übersehen werden! — durchzuführen gewesen wäre, dann würde das als ein eminenter Fortschritt gepriesen worden sein, der vielleicht durch Straßendemonstrationen zu feierlichem Ausdrucke gebracht worden wäre. Wer hätte wohl gedacht, daß des Januschauers frivoles Wort: Die Anerkennung des gleichen Wahlrechts in Preußen werde für sie gleichbedeutend mit Verlieren des Krieges sein, d. h. schlimmer als die Niederlage Deutschlands im Weltkriege, buchstäbliche Wahrheit werden würde! Warum das alles aber erst, nachdem der Zusammenbruch da ist und Friedensdiktator Wilson so und nicht anders auf das Waffenstillstandsangebot Deutschlands eingegangen gewillt war? Ist das nicht tief beschämend für den Kulturstaat Deutschland und nicht schändlich für seine bisherigen Machthaber? Und das gleiche Wahlrecht soll in allen Bundesstaaten und in allen Gemeinden zur Taffache werden, und das Frauenstimmrecht und -wahlrecht wird und muß dazukommen.

Wenn der sozialdemokratische Parteivorstand in seinem gegen den schärfer auftretenden Putschismus gerichteten Aufruf weiter sagt: „Dies alles genügt uns nicht“, so spricht er damit aus, was auch allgemein Auffassung ist, wie die Versicherung:

Wir arbeiten weiter, um kriegsheerliche Strömungen zu bekämpfen und die Demokratisierung Deutschlands bis aufs letzte durchzuführen,

als eine unter verschiedenen Unbedingtheiten zu bestrachten ist.

Auch die Reichsregierung erklärt freimütig in ihrem Appell an das deutsche Volk: „Doch vieles bleibt noch zu tun“. Diese Erkenntnis ist zu loben, und die vielsagende Verheißung:

Die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat, der an politischer Freiheit und sozialer Fürsorge hinter keinem Staate der Welt zurückbleiben soll, wird entschlossen weitergeführt, muß restlose Erfüllung finden. Es darf nicht bei halben oder unzulänglichen Maßnahmen bleiben. Nicht befriedigen kann die Stelle:

Nach Friedensschluß wird sich bald eine Besserung der Ernährung als auch aller Lebensverhältnisse einstellen.

In einem solchen Moment, wo die Reichsregierung durch Namensunterzeichnung aller ihrer Mitglieder bei gänzlicher Ausschcheidung des Kaisers — also ein Sittlich Umwälzung von eminenter Wichtigkeit — zum allererstenmal und in einer ganz andern, nicht wie üblich der Gefühlswärme entbehrenden Sprache das deutsche Volk anredet, hätte sich ein kurzer, kerniger Appell an die Landwirte gehört, der Ablieferungspflicht als einer nationalen Pflicht voll zu genügen. Es ist noch nie von der Reichsregierung richtige Veranlassung genommen worden, hier einmal deutlich zu sprechen. Daß es auch jetzt nicht geschehen ist, sondern auf die Zeit nach Friedensschluß vertröstet wird, betrachten wir als einen Fehler; um so mehr, als im weiteren an die Verwaltungen, an die Militärbehörden und an die Arbeitererschaft ganz ernsthaft und dringend appelliert wird, nicht hindernd oder störend in den schwierigen Umwälzungsprozess einzugreifen und damit zunächst den Friedensabschluß zu gefährden. Es heißt nämlich in diesen Beziehungen unmißverständlich:

Die Neugestaltung kann ihre besetzende und heilende Wirkung nur ausüben, wenn sie einen Geist in dem

Verwaltungs- und Militärbehörden findet, der ihren Zweck erkennt und fördert. Wir erwarten von unsern Volksgenossen, die in amtlicher Stellung dem Gemeinwesen zu dienen berufen sind, daß sie uns willige Mitarbeiter sein werden.

Wir brauchen in allen Teilen des Staates und des Reiches die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch das Volk selbst. Wir haben Vertrauen zu dem deutschen Volk. Es hat sich in vier furchtbaren Kriegsjahren glänzend bewährt. Es wird sich nicht von Phantasten sinnlos und nutzlos in neues Elend und Verderben hineintreiben lassen.

Selbstsucht und Ordnung tun not. Jede Unpünktlichkeit wird den Abschluß eines baldigen Friedens auf das schwerste gefährden. Die Regierung und mit ihr die Leitung von Heer und Flotte wollen den Frieden. Sie wollen ihn ehrlich und wollen ihn bald. Bis dahin müssen wir unsre Grenzen vor dem Einbruch des Feindes schützen.

Die Militär- und Zivilbürokratie wird in den letzten fünf Wochen wohl so viel von der Neuordnung der Dinge wegbekommen haben, daß sie über die Etkultierung als Volksgenossen in amtlicher Stellung nicht in Ohnmacht verfällt. Zur willigen Mitarbeit, Selbstsucht und Ordnung öffentlich aufzurufen, ist jedenfalls ein empfehlenswerter Weg als die geheimen Mobilisierungsbefehle gegen den „inneren Feind“, wie sie von der „Leipziger Volkszeitung“ für Leipzig und Berlin aufgedeckt werden konnten. Für solche Umwälzung wird ganz entschieden gedankt!

Ebenso energisch würde die Reaktion zurückzuweisen sein, wenn sie die bisherige Umwälzung schon zum Anlasse nehmen wollte, zum alten System und damit zu ihren Privilegien zurückkehren zu wollen, wo die friedliche Revolution — um eine solche handelt es sich unstreitig — erst einen Teil ihrer Aufgaben hinter sich hat. Doch ist hier die Befürchtung zu Rückfällen inzwischen weit geringer geworden. Ludendorffs Sturz hat den Reventlows zu viel Wind aus ihren Segeln genommen. Nachdem in den jüngsten Tagen namhafte Vertreter der Industrie, des Handels und der Banken sich in einer vertraulichen Besprechung für sofortigen Frieden und Unterstützung der neuen Regierung ausgesprochen haben, sind die Mäkten der politischen Reaktionäre noch mehr gesunken.

Am 6. und 7. November jährt sich die Besitzergreifung der staatlichen Macht durch die Soldaten, Arbeiter und Bauern in Rußland. Der Bolschewismus ist also ein Jahr am Ruder, die Revolution aber noch immer nicht zu Ende. Revolution heißt hier Bürgerkrieg. Für diese Umwälzung wird jeder klar denkende, mit dem Volkswohle wie mit der Arbeiterfrage im besondern es ernst, gewissenhaft und verantwortungsbewußt nehmende Mensch nichts als Ablehnung empfinden. Die Sowjetregierung hat sich nur mit den Mitteln brutaler Macht am Ruder halten können, und wenn auch den leitenden Personen nicht alle fäulnigen Vorgänge und rückwärtslosen Handlungen zur Last gelegt werden können, das System ist falsch, gefährlich und gegen alle Auffassung von Demokratie. Kaufsky sagt in seiner neuen Broschüre „Die Diktatur des Proletariats“ dazu:

Unbegreiflich ist es dagegen, wenn deutsche Sozialdemokraten, die noch nicht an der Macht sind, die vielmehr zur Zeit noch eine schwache Opposition darstellen, diese Theorie annehmen. Statt in der Methode der Diktatur und der Entschaltung breiter Volksmassen etwas zu sehen, was wir im allgemeinen verurteilen und was höchstens als Produkt lo ausnahmeweiser Verhältnisse, wie sie Rußland bietet, zu begreifen ist, geben sie vielmehr dazu über, diese Methode zu preisen als einen Zustand, den auch die deutsche Sozialdemokratie herbeizuführen bestrebt ist.

Diese Behauptung ist nicht nur durch und durch falsch. Sie ist aufs höchste verwerflich. Sie müßte, wenn sie allgemein akzeptiert würde, die propagandistische Kraft unserer Partei aufs tiefste lähmen. Denn außer einer kleinen Schar lektiererischer Fanatiker hängt wohl das gesamte deutsche wie das gesamte internationale Proletariat an dem Grundfeste der allgemeinen Demokratie.

Der Bolschewismus, der jedenfalls noch zu einer Scheidung bei den unabhängigen Sozialdemokraten führen wird, macht in der letzten Zeit große Anstrengungen, die Umwälzung in Deutschland zu seinen Zwecken auszunutzen. In dem Augenblicke, wo die Militärergreifung begraben und die Demokratie verankert werden soll, ebenso furcht, wie die unternommenen Aktionen sinnlos sind. Mit Kaufskys Standpunkt, der noch näher beleuchtet werden soll, läßt sich der Bolschewismus als Irrweg klar erkennen.

Volkswirtschaft

Die Geldkrisis.

Am Anfange wie am Ende des in seinen unheimlichen Auswirkungen wie mit der Unwahrheit seiner zeitlichen Mittel immer mehr erkannten Weltkrisis Panik bei den großen und bei den kleinen Geldleuten! In den August- und späteren Tagen 1914 wurde Gold gebämtert. Die solchen nicht hatten, fielen durch den Massenkauf von Gegenständen für den täglichen Bedarf das Jörge zur Warenverfeuerung. Das Gold ist längst aus dem Verkehr gezogen, wenn auch mancher noch eifrige Wächler an vermeintlich sicherem Ort aufbewahrt, und Waren gibt es nicht mehr aufzuspeichern. Aber nun das Ende naht unter Erscheinungen, die kein Mensch als angenehm empfinden wird, hat die Angst um den schändlichen Mammon wieder Kopflosigkeit hervorgerufen.

Die politische Krisis führte vor der dritten Septemberwoche an zu einem großen Sturze der Wertpapiere; es ist schon viel verloren gegangen. Die totale Wendung der Kriegskonjunktur ließ es zu einem Aufstiege der ganzen Innäuflichkeit unserer Zustände kommen. Das völlig auf Kriegsgewinn eingestellte Wirtschaftswesen hat einen ungeheuren Schlag durch den Umstand erhalten, daß mit diesem Anlegen Schluss eintreten soll. Militärischer Sieg und unverkürzter Gewinn waren zu Voraussetzungen geworden, ohne die es nach der Meinung sehr vieler nicht geben konnte. Aber es kam doch anders und gar so anders, daß die Verblüffung und Bestürzung ohne Grenzen waren. Keine sich, wer kann, erfuhr eine Übertragung, es blieb nun: Keine jeder, was er kann.

Die Abhebung von Bank- und Sparkassenguthaben erfolgte in einem Umfange, daß ein großer Mangel an Geldmitteln eintrat. Die Angsthaften machten alles zu Papier und setzten sich darauf. Die dadurch eingetretene Geldkrisis ist so groß, daß, wie bereits mitgeteilt, viele Stadtverwaltungen zur Einführung von Papiergeld in höheren Beträgen gezwungen sind. Die Reichsfinanzverwaltung hatte nicht für genügend große Papiergeldreserven vorgesorgt, was Störungen im Auszahlungsverkehr zur Folge hatte und die Angstmeier noch mehr in ihrer (falschen) Annahme bestärkte, daß Zahlungsumfähigkeit eingetreten sei oder eintreten werde. Nun wird der Papiergedruckt in kürzestem Maße betrieben, um den Zahlungsverkehr wieder fließend zu machen. Der Bundesrat hat die am 2. Januar 1919 fällig werdenden Zinscheine der Kriegsanleihen zum gesetzlichen Zahlungsmittel erhoben. Die Ungewöhnlichkeit dieses Zahlungsmittels hat wohl mit Veranlassung gegeben, daß bei Auszahlung von Röhnen die Arbeiter vereinzelt die Zinscheine zurückgewiesen haben. Es sei deshalb ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die als Zahlungsmittel erklärten Zinscheine gleichwertig und gleichberechtigt sind mit allen andern anerkannten Zahlungsmitteln, besonders mit dem Papiergeld. Sie müssen zu dem auf den Scheinen aufgedruckten Betrage nicht nur vor allen öffentlichen Kassen, sondern auch im privaten Verkehr als Zahlungsmittel angenommen werden. Sie sind besonders kenntlich durch einen grünen Unterdruck und durch ein deutliches lateinisches „q“ in der rechten oberen Ecke sowie durch den Vermerk: „Halbjährige Zinsen zahlbar am 2. Januar 1919 mit 2 Mark 50 Pf.“ oder 5 Mk., 12 Mk. 50 Pf., 25 Mk., 50 Mk., 125 Mk., 250 Mk., 500 Mk. Die oberste Reihe des Ausdrucks lautet bei allen diesen Zinscheinen: „5pro. Anleihe des Deutschen Reiches von 1915“ oder 1916, 1917, 1918 (uk. 24). Ebenso tritt keine Entwertung der Zinscheine ein. Entsprechend dem die Fälligkeit bezeichnenden Ausdrucke werden sie vom 2. Januar 1919 ab gegen andre gesetzliche Zahlungsmittel eingetauscht. Bis dahin sind sie, wie bemerkt, selbst gesetzliches Zahlungsmittel. Die Arbeiter erfahren also nach keiner Richtung hin eine Schwächung, wenn sie diese Zinscheine in Zahlung nehmen. Zum 1. November ist auch Silbergeld wieder in Umlauf gesetzt worden, das, zum Teil auch zwecks Verhütung des Samsterns, bereits eine Zeitlang außer Kurs war. Es befindet sich die Gefahr, daß die Gehaltszahlung zum Monatswechsel nicht hätte erfolgen können, wie schon die Lohnauszahlung und auch die durch die Grippe außerordentlich vermehrte Auszahlungen der Krankenkassen in den letzten Wochen nur unter großen Schwierigkeiten vor sich gingen.

Das ganze Gebahren der von „Geldnot“ Bedrückten ist volkswirtschaftlich schädlich. Die Störungen im Geldverkehr, die Zinsverluste und die andern Erscheinungen der Geldkrisis haben aber nicht nur die verängstigten Kriegsgewinnler in mannigfacher Form, sondern hat die Gesamtheit mitzutragen. Die vermehrte Papiergeldflut kann zu noch größerer Geldentwertung führen und die sowieso schon wahninnige Preisentwicklung weiter verschärfen. Ja, wenn die Aufhebung unserer nur den volkswirtschaftlichen Raubbau fördernden Kriegswirtschaft die Zehe allein zu bezahlen hätten! Man könnte ihnen schon einen tüchtigen Aderlaß gönnen. Wenn es damit abgetan wäre, daß jenem Fleischermeister in Berlin, der auch „sein Krämchen“ retten wollte und deshalb 60000 Mark von der Bank abhob, diese andern Tages schon gestohlen wurden, oder jenem Berliner Straßenhändler 23000 Mk., die er zu größter Sicherheit in der Föhlung der Gardinenkaste in seiner Wohnung versteckt hatte, „entführt“ wurden, dann müßte es hingegen. Indes das unruhige Verfechten von Geld hat viel größere Nachteile. Solch grobe selbstverleumdete Verluste können aber zu eindringlicher Warnung dienen. Das Verfechten im Strumpf ist nicht einmal auf dem Lande mehr ein probates Mittel zur Sicherung des ehrlich oder durch Kriegsgeschäfte unrettbar Erworbenen.

Von den Stammtischhelden, die auf einmal schlaffernde Angst erfaßt hat, sind auch viele der Meinung, sie könnten so einer eventuellen Vermögenskonfiskation entgehen. Drohtypakritisch wie diese Herrschaften nun einmal gestimmt sind, haben sie eine heilige Scheu vor dem Steuerzahler. Sie täuschen sich jedoch bei dieser Spekulation, denn wenn die Not zu einer Vermögensabgabe zwingen sollte, so ließe sich durch eine Prüfung der Bankguthaben doch leicht feststellen, was noch vorhanden ist, und wann das andre abgehoben wurde. Dann wird schon gefunden werden, was jetzt in Verstecke gewandert ist. Die Berliner Banken haben in einem Aufrufe das Publikum darauf hingewiesen, daß Geld bei den Banken, Bankfirmen, Sparkassen und Genossenschaften weit sicherer abgehoben ist als im eignen Hause. Es wäre Welsung gegeben zur Verhinderung, daß bares Geld in Stadtsäckern eingesperrt wird. Das hätten nur in jeder Stadt die Banken erklären sollen!

Der Reichsbankpräsident hat Ende Oktober in einer Sitzung des Zentralausschusses dieses Instituts erklärt, die in dem Zeitraum vom 23. September bis 23. Oktober an daselbst gestellten Anforderungen seien ohne Beispiel in der Geschichte der Reichsbank. Es ist auch Tatsache, daß die Wertpapiere einen so starken Sturz erfahren haben wie kaum zuvor während einer Börsenkrisis. Der Reichsbankpräsident erklärte, an ein Moratorium, vor dem allein Deutschland in der Kriegszeit bewahrt worden sei, denke auch jetzt niemand. Die Zahlungsmittelnot wäre dank der getroffenen Maßnahme, daß eine größere Zahl von Druckereien wegen Überlastung der Reichsdruckerei mit der Herstellung einer neuen Buchdrucknote zu 50 Mk. beauftragt sei, in kurzer Zeit gänzlich behoben; eine Mißberatung sei schon eingetreten.

Es ist dringend zu fordern, daß die allgemeine schwere Lage nicht noch durch die Vernünftlosigkeit der Geldbankrotter verschlimmert wird. Ob die empfohlenen Wege der Verlegung der Lohnzahlung auf alle Wochentage oder der Gehälter auf alle Monatsstage in dem erwarteten Maße eine Erleichterung für den Bankverkehr bringen, ist noch fraglich; immerhin, wenn es nicht anders geht, kann auch das geschehen. Ruhe und Besonnenheit sind wie bei den letzten großen Umwälzungen überhaupt die besten Mittel einer gedeßlichen Abwicklung der Geschäfte.

Korrespondenzen

Ferlsohn. In der am 27. Oktober abgehaltenen Versammlung des Ortsvereins waren mit Ausnahme der stets Fehlenden fast sämtliche Mitglieder erschienen. Von einem auf Urlaub weilenden Kollegen wurde dieses rege Organisationsleben anerkennend gewürdigt, aber gleichzeitig dem Wunsch Raum gegeben, daß alle Kollegen den Appell der „Korr.“-Redaktion in Nr. 119 beherzigen möchten. Der Vorsitzende habe gedachte einleitend eines im Feld an der Grippe verstorbenen Mitgliedes und gab sodann einige geschäftliche Mitteilungen bekannt. Am nachkommenswerten Bestreben ist von der hiesigen Brinzipalität so gut wie nichts zu berichten; nur zwei Firmen gewähren den Familien der eingezogenen Kollegen monatliche Unterhaltungen. Den etwa 50 zum Heer einberufenen Mitgliedern soll wie in den verlossenen Kriegsjahren der Buchdruckerkalender zugelandt werden. Die Drischasse gedenkt wiederum zu Weihnachten den Kriegerfrauen und den ledigen Kollegen eine Gabe zu spenden.

N. Kocher a. d. Mosel. Am 1. Oktober d. J. ging die C. G. Meyersche Buchdruckerei („Kocherer Zeitung“ und „Berliner Wadellaff“) die im Jahre 1845 gegründet wurde, in den Besitz des Herrn B. M. Scherhorn aus Hildesheim über. Auffallend ist es, daß man gerade vor dem 75-jährigen Bestehen der Firma dieselbe in andre Hände übergeben ließ. Während der bisherige Besitzer den Gehilfenforderungen und wünschenswerten Gegenkommen behandelt und erst unter dem Drucke der Verhältnisse im März d. J. zur Anerkennung des Tarifs zu bewegen war, zeigt der neue Inhaber im Gegensatz zu seinem Vorgänger den Bestreben der Gehilfenchaft und den sozialen Mitten der Zeit gegenüber volles Verständnis. Es ist zu wünschen, daß das gute Verhältnis, das mit dem neuen Inhaber seinen Einzug gehalten hat, auch in der Folgezeit aufrechterhalten wird.

Münchberg. (Maschinenmeisterverein.) Am 20. Oktober fand seit langer Zeit wieder eine Bezirksversammlung mit Druckausstellung statt. Einladungen waren an alle auswärtigen Kollegen ergangen. Wegen der jetzt bestehenden schlechten Fahrverbindung konnten aber verschiedene Kollegen nicht erscheinen. Das Referat des Kollegen Paul Scheffler über „Die Winkelische Frontbogenmaschine“ war ausgiebig und lehrreich. Hauptaufgabe dieser Versammlung war der zweite Tagesordnungspunkt: „Die gegenwärtige Lage; Zweck und Ziele unserer Partei“. Referent Kollege Edwin Steinmetz erledigte sich seines Auftrags in gut durchgearbeitetem Vortrag. Am Schluß forderte Kollege Baier als Fachschul-lehrer noch die Kollegen auf, den dritten und vierten Farbenkursus zu besuchen.

Milgenwalde. In Nr. 122 Ihres Blattes las ich eine Notiz aus Kolberg, welche sich in ansehnlicher billiger Unkenntnis der Lage über die hiesigen Verhältnisse und meine Person in einer Weise ausläßt, die man nur mit dem Gegenstand von anständig bezeichnen kann. Mein Anteil über die sogar mit einer Drohung verbundene Anzapfung würde kurz heißen: Niedriger hängen! Das Sie letzteres nicht selbst ohne weiteres fassen, sondern ohne jede Auskunft von mir die Zuschrift der Verbreitung werf bleßen, zeigt von einem Streben, den Frieden in unserm

Gewerbe (in meinem Geschäft z. B. seit mehr als 33 Jahren) absichtlich führen zu wollen. Ob Sie damit meinen Gehilfen (den mehrmals meinerseits reklamierten sowohl als den im Felde stehenden, die ohne Ausnahme schon viele Jahre bei mir tätig waren) einen Dienst erweisen, dürfte wohl sehr zu bezweifeln sein, denn die Tarifgemeinschaft könnte eventuell dadurch bald ein Mitglied weniger zählen. Hochachtungsvoll Albert Mewes.

Nachschrift der Redaktion: Wir müssen Herrn Mewes sagen, daß er mit dieser Aufschrift an uns nicht in einem Punkte die Korrespondenz aus Kolberg widerlegt. Er äußert sich sehr unwillig darüber und zieht falsche Schlüssefolgerungen, was jedoch eine Begründung nicht in falschen Behauptungen im „Korr.“, sondern in seinem Verhalten selbst findet. Das wird nicht durch eine solche Aufschrift gegenstandslos. Wir haben uns jedoch nochmals an die in Betracht kommende Stelle gewandt, damit nicht irgendwie der Firma Mewes Unrecht geschehe. Aus Nachfolgendem ist zu ersehen, daß sich Herr Mewes das, was er uns geschrieben, ersparen konnte.

Erklärung aus Kolberg: Wenn Herr M. glaubt, daß die Notiz im „Korr.“ auf völliger Unkenntnis über die Verhältnisse in Rügenwalde beruht, so ist er arg im Irrtum. Seit — allerdings nicht maßgebend — Urteil „Niedriger hängen!“ nimmt sich einigermassen komisch aus, wenn ich ihm sage: Den Berliner Wochenspiegel hat er in seinem Blättchen gebracht, das Inserat betreffend Mädchen und Frauen für Seherei und Druckerei ebenfalls, das läßt sich nicht wegleugnen. Auf das Inserat bin ich von M. auch zwei Mädchen eingestellt worden, davon arbeitet eine am Kassen. Dazu hätte Herr M. jedoch vorher die Genehmigung des Tarifamts einholen müssen. Da dies nicht geschah, beging er eine tarifwidrige Handlung. Ferner hat Mewes seinen Gehilfen statt der am 1. August fälligen Feuererzulage von 10 Mk. nur 8 Mk. bis heute bezahlt mit dem Bemerkten, er würde die Genehmigung des Tarifamts hierzu einholen. Bis heute ist dies aber nicht geschehen! Also auch eine tarifwidrige Handlung. Die 10 Mk. müssen gezahlt werden, bis er die Ausnahmebestimmungen genehmigt erhalten hat. Wie Herr M. in der Notiz im „Korr.“ eine Drohung erlassen kann, ist nicht recht einleuchtend. Aber umgekehrt wird ein Schuh daraus! Denn er droht mit Austritt aus der Tarifgemeinschaft, und außerdem meint er, daß seinen Gehilfen damit kein Dienst erwiesen würde. Herr M., was soll das heißen? Sollen die Gehilfen etwa dafür leiden, wenn Sie gegen den Tarif verstoßen? Im übrigen ist zuzugedenken, daß bei M. sonst stets geordnete Verhältnisse geherrscht haben; wir würden uns freuen, wenn dies auch fernerhin der Fall sein würde. Von einer absichtlichen Störung des Friedens kann doch nicht die Rede sein, aber wenn Verstöße gegen den anerkannten Tarif begangen werden, so ist es untreu Pflicht, hiergegen Front zu machen. Herr M. würde es sich gewiß auch nicht gefallen lassen, wenn gehilfenstets der Tarif nicht eingehalten würde.“ Aber die Feuererzulagenangelegenheit wurde schon in der Bezirksversammlung verhandelt, und Kollege Reinke (Stettin) gab den Kollegen aus Rügenwalde auf, nochmals deswegen vorstellig zu werden. Dies ist mit negativem Erfolge geschehen.

Rundschau

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielt Kollege Walter Sieyer + (Eberfeld) als hundertvierundzwanzigstes das Eisene Kreuz I. Klasse. Ferner erhielten die Auszeichnung II. Klasse: Wilhelm Wolf (Breslau), Wilhelm Krükmann und Fritz Seger (Duisburg), Kirschenknapf und Ungeheuer (Mains) sowie J. Beuse (Münster). 6436 Verbandskollegen haben somit das Eisene Kreuz erhalten.

Nachnamenswerte Beispiele. Die Kgl. Westpr. Hochbuchdruckerei Fris Kander in Marienwerder hat ihrem gesamten Personal abermals eine einmalige Feuererzulage in Höhe eines Wochenlohnes bewilligt. — In Essen gewährte die Firma Deutsche Bergwerkszeitung G. m. b. H. ihrem Personal eine außerordentliche Feuererzulage. Es erhielten: 8 verheiratete Gehilfen je 75 Mk., 2 ledige Gehilfen je 50 Mk., 1 Buchbinder (ledig, 16 Jahre im Geschäft) 75 Mk., 1 Seherlehrling (sonstige Bezahlung sind nicht vorhanden) 20 Mk., 1 Einlegerin und 1 Falzerin je 20 Mk. Auch wurde der vierjährige Urlaub der vor dem Kriege bestanden, wieder bewilligt und soll nach dem Krieg auf sechs Tage erweitert werden. Die Firma Boeding & Müller gewährte ihrem Personal als Gratuerzulage den Betrag von je 40 Mk. — Die Firma Otto Schnee in Zerbst gewährte ihrem Personal die für den nächsten Monat fällige wöchentliche Feuererzulage von 3 Mk. schon ab 1. November.

Buchdrucker im Gerichtsdiens. In Berlin-Mariendorf wurde der Gemeindevorordnete Schriftfaher Paul Weber zum unbedingten Schöffen der Gemeinde gewählt.

Vermittlung kriegsbeschädigter Buchdrucker. Am Schluß des Zeitraumes dieser Nummer veröffentlicht das Tarifamt wieder eine Übersicht des Angebotes und der Nachfrage an und von Kriegsbeschädigten. Wir haben in Nr. 126 über die Kriegsbeschädigtenfürsorge in unserm Gewerbe besondere Ausführungen gemacht, konnten in Nr. 125 ein Merkblatt des Tarifamts für Kriegsbeschädigte und Prinzipale veröffentlichen und bitten nun um allseitige Beachtung der neuen Liste von Bewerbern und angebotenen Stellen.

Die rheinischen Zeitungsverleger zur Übergangswirtschaft. Auch der Verein Rheinischer Zeitungsverleger

bekämpfte sich mit Fragen der Übergangswirtschaft und nahm einstimmig eine Entschliebung an, in welcher es für angebracht gehalten wird, allen in den Betrieben vor dem Eintritt in das Meer beschäftigt gewesenen Angeestellten erneut die Versicherung zu geben, daß sie gleich nach ihrer Entlassung aus dem Militärverhältnis wieder in ihre Wohnortgemeinden zurückkehren können. Die Veranlassung riefste das dringende Ersuchen, an ihre Bundesgenossen, dieser selbstverständlichen Forderung, soweit es nur irgend möglich, Folge zu leisten. Die Prinzipalität in ihrer Gesamtheit hat ja des öfteren durch ihre berufenen Vertreter erklären lassen, daß sie es als ihre Ehrenpflicht betrachte, den im Seeresdienst tätigen Gehilfen ihre Stellen offen zu halten; angeblich berührt es aber, wenn jetzt, da die Demobilisierung zweifellos nur noch eine Frage verhältnismäßig kurzer Zeit ist, diese Versicherung von unsern Arbeitgebern wiederholt und bekräftigt wird.

Brotschaffenfälschung. Vor dem Schwurgericht in Glogau wurde gegen einen Buchdruckerbesitzer aus Rauden i. Schl. wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs verhandelt. In der in Betracht kommenden Druckerei hatten die Lehrlinge eine gefälschte Brotmarke sowie in dem Aufzug einer Siegeldruckerei einen falschen Abdruck einer Brotskarte entworfen. Auf Grund einer von den Lehrlingen erstatteten Anzeige und der bei einigen Bäckermessern vorgefundenen falschen Brotmarken kam es zur Untersuchung der Angelegenheit. Es wurde festgestellt, daß ein Lehrling der Druckerei mit einer Anzahl gefälschter Brotmarken ausgestattet worden war und zehn Brote sowie Mehl geklaut habe. Der verdächtige Buchdruckerbesitzer bekräftigt entschieden, eine Fälschung vorgenommen zu haben; er versuchte, die Tat auf seine Lehrlinge abzuwälzen, welche ihn oft durch Falscharbeit geschädigt hätten. Die großen Mehlvorräte, die ihm nachgewiesen wurden, will der Buchdruckerbesitzer bei seinen Kunden auf dem Lande gekauft haben; mit Rücksicht auf die vielen von ihm zu versorgenden Personen sei er zu großen Einkäufen gezwungen gewesen. Demgegenüber behauptete ein Lehrling, daß er wegen ungenügender Kost die Lehre habe verlassen wollen. Eine vollständige Überführung des Angeklagten gelang dem Gerichte nicht; die Geschworenen vernichteten die Schuldfrage, weshalb Freisprechung erfolgen mußte.

Zur Entwicklung der gewerblichen Arbeiterkraft während des Krieges. Wie das Kaiserliche Statistische Amt im Jahre 1916 für drei Stichtage, den 1. Juli 1914, 1915 und 1916, die Mitgliederzahlen aller derjenigen Krankenkassen, welche für sämtliche drei Stichtage dem „Reichsarbeitsblatt“ Nachweisungen eingelandet hatten, festgestellt hatte, so hat es in diesem Jahre für den 1. Juli der Jahre 1914, 1917 und 1918 wiederum Feststellungen vorgenommen, um zu zeigen, wie sich die Entwicklung des Mitgliederstandes gestaltete. Zu gleicher Zeit wurden aber auch, nach die Krankenkassen, berücksichtigt, welche zwar nicht, aber den 1. Juli 1917, wohl aber über ihren Mitgliederstand am 1. Juli 1914 und 1918 berichteten. Im Septemberheft des „Reichsarbeitsblattes“ wurden nun die vergleichenden Feststellungen in ausführlicher Gliederung veröffentlicht. 6319 Krankenkassen mit 9,03 Millionen Mitgliedern (abzüglich der arbeitsunfähigen) berichteten am 1. Juli 1918. Von diesen 6319 Kassen kamen für einen Vergleich mit dem 1. Juli 1914 5328 mit 8,12 Millionen Beschäftigten in Betracht, während für die Auszählung des Beschäftigtenstandes an den drei Stichtagen 1. Juli 1914, 1917 und 1918 eine etwas niedrigere Zahl, nämlich 5135 Kassen mit 7,92 Millionen Beschäftigten, berücksichtigt werden konnte. Aus diesen Vergleichen geht hervor, daß bis 1917 eine Abnahme der Beschäftigten um 20,5 Prozent festgefunden hat, bis 1918 ist jedoch dem Jahre 1917 gegenüber eine geringe Zunahme zu konstatieren. Der Rückgang von 1914 bis 1918 beträgt 20,3 Proz. Bei der im Jahre 1916 erfolgten Feststellung, bei welcher 5580 Kassen mit 10583017 Mitglieder in Frage kamen, war vom 1. Juli 1914 bis 1. Juli 1915 eine Abnahme um 22,9 Proz., bis 1916 eine weitere unwesentliche Abnahme von 0,4 Proz., von 1914 bis 1916 insgesamt ein Rückgang von 23,2 zu verzeichnen gewesen. Da nun die Abnahme von 1914 bis 1917 auf 20,5 Proz. festgestellt wurde, so muß die Zunahmebewegung, die sich von 1917 bis 1918 zeigte, bereits im Jahre 1916, wenn auch in geringfügiger Weise, eingetreten sein. Die Gesamtentwicklung lehrt, daß sich die Zahl der männlichen Beschäftigten fortgesetzt verminderte, während die weiblichen Arbeitskräfte seit dem Jahre 1915 zunahm. Am 1. Juli 1914 waren in den 5135 Kassen, für welche der in Betracht kommende Vergleich erfolgte, 6473392 männliche und 3466731 weibliche, am 1. Juli 1917 3888183 männliche und 4014977 weibliche und am 1. Juli 1918 3874698 männliche und 4050189 weibliche Beschäftigte vorhanden. Bei den Männern betrug also die Abnahme in der Zeit vom 1. Juli 1914 bis 1. Juli 1917 39,9 Proz., bis 1918 40,1 Proz., während bei den weiblichen Arbeitskräften in den gleichen Zeiträumen eine Steigerung um 15,8 und 16,8 Proz. eingetreten war. Seht man den Stand der Beschäftigten am 1. Juli 1914 gleich 100, so erhöht man als Maßstab für den 1. Juli 1917 bei den männlichen Beschäftigten 60,1, bei den Arbeiterinnen 115,8; für den 1. Juli 1918 beim männlichen Geschlecht 59,9, beim weiblichen 116,8. Die Nachweisungen der 5328 Kassen, welche nur einen Vergleich zwischen 1914 und 1918 zuließen, ergeben nur ganz geringe Abweichungen; die Maßstabzahl betrug in diesem Fall am 1. Juli 1918 bei den Männern 59,8, für die Frauen und Mädchen 116,7, so daß sich die Ergebnisse der beiden Auszählungen fast völlig decken. Betrachtet man ferner eine Übersicht über die verschiedenartige Gestaltung für die einzelnen Berufe, die auf Grund der Nachweisungen von 2288 Betrieben und 522 besonderen Orts- und Sammelkassen gegeben wird, so zeigt

sich für die männlichen Mitglieder der Betriebskassen in der chemischen Industrie keine Abnahme, sondern eine Zunahme um 14 Proz. Die Abnahme der Männer ist am stärksten im Spinnstoff- und Kleidungsgegenstände sowie in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. In diesen drei Gewerben weist sogar die Frauenbeschäftigung eine Zunahme auf. Die Zunahme der Beschäftigung der Frauen war am lebhaftesten naturgemäß in der Metall- und Maschinenindustrie sowie in der chemischen Industrie, ferner in der elektrischen Industrie, dann aber auch im Baugewerbe, welches eine Einbuße an Männern zu verzeichnen hat, die den Gesamtdurchschnitt übersteigt.

Die Monarchen „durchhalten“! Durch verschiedene Zeitungen geht eine Notiz, aus der zu ersehen ist, daß die Hungersnot, von welcher gegenwärtig die kriegsführenden Länder mehr oder weniger heimgesucht werden, doch nicht für alle eklatant. Am 25. Januar d. J. ging ein Waggon Lebensmittel aus Bukarest an die Kasselei des österreichischen Kaisers Karl nach Wien ab. Die Leckerbissen alle aufzuführen, welche in der Ladung enthalten waren, würde angehtlich untrer Raum und des gewerkschaftlichen Charakters untreu „Korr.“ zu weit führen; einzelne Sachen herauszugreifen, können wir uns jedoch nicht verlagen. Außer den verschiedensten Mehl- und Getreidewaren (3000 kg feinstes Speisemehl) waren in dem Waggon z. B. enthalten: 216,5 kg Rauchfleisch, 1440 Stück Eier, 30 Gläser gebratene Gans, 30 Gläser gebratene Ente, 30 Gläser gebratenes Fuhu usw. usw. Der verstorbene bulgarische König Ferdinand, welcher damals noch treuer Bundesgenosse war, erhielt am 23. März d. J. ebenfalls eine große Sendung von Lebensmitteln aus Bukarest. Unter 2000 kg weitem Mehl, 200 Dosen Gemüsekonzerven usw. finden wir in diesem Falle 150 Flaschen Sekt, 20 Flaschen Kakao, 10 Flaschen Kognak, 50 Flaschen Kirschfalk, 50 Flaschen Himbeerfalk usw. usw. verzeichnet. Ob alle diese schönen Sachen gegen Abgabe von Lebensmittelfaktoren erstanden oder ob sie „markenfrei“ geliefert wurden, entzieht sich untrer Kenntnis. Jedenfalls steht fest, daß mit derartigen Quanten von Lebensmitteln, die unter den jetzigen Verhältnissen als Delikatessen bezeichnet werden müssen, selbst gekrönte Häupter eine Zeitlang ihr Leben „fristen“ können. Aber nicht nur im Ausland ist derartig gewirtschaftet worden, auch deutsche Fürstentümer haben von dem Segen aus dem Südkosten profitiert, wenn auch zur Zeit lickenlose und zuverlässige Beweise dafür noch nicht vorliegen. Doch sie werden kommen; die Abrechnung naht auch bei uns in Deutschland.

Briefkasten.

J. K. in A.: Dankend erhalten. Die Mitteilung ist jedoch bereits von anderer Seite eingegangen und inzwischen veröffentlicht worden. Gruß! — W. in B.: 1. Der Augenheiler spricht noch für sich selbst. 2. Das soll nun ausgegeben und muß dann umgedruckt werden. Ja, wenn wir alles gleich fortbringen könnten! So ist es später ein schwierigeres Stück langliegende Sachen abzuwickeln. — A. J. in B.: Bei Venin, Strohm und Radok, das kann nicht sein! — G. H. in A.: 6,65 Mk. — O. M. in Grünberg: 3,45 Mk. — E. H. in Rostock: 3,05 Mk. — S. M. in Regenbergs: 3,45 Mk. — J. Sch. in Weiskirchen: 4,25 Mk. — G. R. in Wm.: 3,25 Mk.

Verammlungskalender.

Bielefeld. Bezirksversammlung Sonntag, den 17. November, vormittags 10 Uhr, in der „Gartenkette“ in Bielefeld, Marktstraße 8. Anträge an den Vorsitzenden.

Für Kriegsbeschädigte!

Angebote von Kriegsbeschädigten.

Seher: 457. Lungenleidend; Kontorstellung. 458. Rechter Arm amputiert; sucht Stellung im Ruhrgebiete. 459. Rechter Arm verletzt; will Typograph erlernen. 462. Schuhmacher Oberhaken; Befähigung zum Leiter miltärer Druckerei; Meisterprüfung bestanden. 463. Granatpflücker im linken Oberarm. 464. Stechschuß in Kreuzbein; will Maschinenler werden. 467. Rechtes Hüftgelenk entfernt; zum Korrektor geeignet; in Berlin. 472. Schwere Fußverletzung, und 473 an beiden Füßen verletzt; wollen Maschinenler werden. 474. Rechter Unterschenkel amputiert; zwölf Wochen an Linotype ausgebildet. 475. Bauchschuß; ist Wagner und Maschinenler, als Faktor oder Prinzipalstübe.

Maschinenfeger: 443. Lungenleidend; sucht Kontorstellung in Bayern.

Drucker: 436. Rechtes Bein schwer verletzt; als Druckerfaktor oder zur Unterstützung deselben. 471. Faltsches Gelenk an der Elle des linken Unterarms.

Nachfrage nach Kriegsbeschädigten.

Setzungs-korrektor für Karlsruhe. — Inseraten- und Druck-sachenakkusitor für Lübeck. — Maschinenmeister zur Be-aufsichtigung des Druckes (handbeschädigte) für Berlin, und als Jurist (heindebeschädigte) für Berlin und Stutt-gart. — Ein Stadtreisender für Nährmittelverhand für Berlin. — Seher für alle Arbeiten, kann handbeschädigt sein, für Berlin. — Seher für leichte Kontorarbeiten für Halle a. d. S. — Abnonnenfahnder und Stadtreisender für Einholen von Druckaufträgen für Wittenstein. — Seher für glatten Setzungsstab für Stendal. — Fahrkartendrucker für Berlin. — Linotypsetzer, fertig oder zur Ausbildung, für Wittenstein. — Stadtreisender, Korrektor, Linotypsetzer für Neustadt a. d. Saard.

Angebote und Nachfragen sind zu richten an das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 230.

